

# neuköllnisch

Juni/Juli 2023  
Linkes Informations-  
und Diskussionsblatt

→ [neukoellnisch.net](http://neukoellnisch.net)

Pläne des Berliner Senats zur  
Bebauung des Tempelhofer Feldes

## Hände weg von unserem Feld!

Nein zu Privatisierung und Spekulation



Neuer Berliner Senat  
**Was SPD und  
CDU vorhaben**

Krieg in der Ukraine  
**Frieden  
statt Sieg!**

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Neukölln

# Neues aus Neukölln

## Neuköllner LINKE verteidigt Wahlerfolge

Die Neuköllner LINKE konnte bei der Wiederholungswahl vom Februar 2023 mit 13,1 Prozent der Zweitstimmen ihre Wahlergebnisse bei leichten Verlusten halten. Sie wird weiter mit Ferat Koçak (44) und Niklas Schrader (41) im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten sein. Auch die neun Sitze in der Neuköllner BVV konnte sie verteidigen. Außerdem bleibt Sarah Nagel (37) Stadträtin. Erneut unterlagen die Direktkandidat\*innen der LINKEN in den drei innerstädtischen Wahlkreisen nur knapp der Konkurrenz von SPD und Grünen. ◀

## Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe 2/2023 (Frühjahr 23)

Neuköllnisch wird herausgegeben von DIE LINKE Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 2.000

V.i.S.d.P.: Georg Frankl

Redaktion: Georg Frankl, Barbara Heinrich, Daniel Kipka-Anton, Julian Koller, Hans Krause, Isabell Rudek, Jorinde Schulz

Titelfoto: Initiative 100% Tempelhofer Feld

Gestaltung: Georg Frankl

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6, 12055 Berlin, Tel/Fax: (030) 613 59 19  
neukoellnisch@lists.posteo.de

Redaktionsschluss: 15.05.2023

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.



## Auseinandersetzung um Karstadt hält an

Der schwarz-rote Senat will die Neubaupläne für Karstadt am Hermannplatz genehmigen. Der Eigentümer René Benko spekuliert mit Immobilien. Ihm geht es weder um die Nahversorgung noch um die Arbeitsplätze. Der Neuköllner LINKE-Sprecher Ruben Lehnert protestiert: »Der Senat darf den Hermannplatz nicht einem zwielichtigen Investor in den Rachen werfen.« Benko habe oft genug seine Unzuverlässigkeit bewiesen. Anwohner\*innen wollen den Abriss verhindern und fordern ein soziales Konzept für das Kaufhaus: »In Zukunft sollte es neben preiswerten Waren auch gemeinwohlorientierte Angebote geben, wie Beratungsstellen, Jugendtreffs oder Kultur«, fordert Joachim Haske von der Initiative Hermannplatz. ◀



Bild: DIE LINKE, Neukölln (KI-generiert)

## Neuer CDU-Stadtrat trollte im Internet

Am 24. Mai wurde Hannes Rehfeldt (36, CDU) in der BVV zum Neuköllner Sozial- und Gesundheitsstadtrat gewählt. Kurz zuvor hatte der Tagespiegel enthüllt, dass Rehfeldt unter dem Benutzernamen @reh383 im Diskussionsforum der Zeitung unterwegs war und dort gegen Journalist\*innen und Linke wettete. Der bisherige Stabschef im Neuköllner Sozialamt hatte sich mit seiner offiziellen Dienstadresse angemeldet und über 100 Kommentare zwischen 10 und 16 Uhr verfasst, also mutmaßlich in seiner Arbeitszeit. In einer Dienstvereinbarung des Bezirksamtes ist geregelt, dass die private Nutzung des Internet »grundsätzlich nicht zulässig« ist. Rehfeldt rechtfertigt sich mit Pausen, die er für seine Trolltätigkeiten genommen habe. ◀

## Rot-Grün in Neukölln ohne Mehrheit

Bei der Wiederholungswahl haben SPD und Grüne ihre Mehrheit in der Neuköllner BVV verloren. Gemeinsam kommen die beiden Parteien nur noch auf 25 der 55 Sitze. Größte Fraktion ist nun die CDU mit 17 Sitzen. DIE LINKE konnte ihre neun Sitze verteidigen. Die FDP ist nicht mehr vertreten. Trotzdem bleibt Martin Hikel (SPD) Bezirksbürgermeister. Den Kandidat von Rot-Grün wählte in der BVV auch die CDU mit. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Carla Assmann, verspricht, die kämpferische Oppositionsarbeit fortzusetzen: »Der Bezirk und seine Ämter sind in einem katastrophalen Zustand. Weder werden wir weitere Kürzungen dulden, noch dass die Armen mit billigem Rassismus gegeneinander ausgespielt werden!« ◀

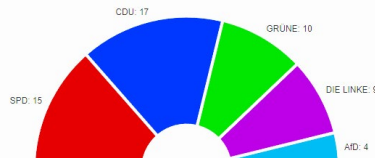


Bild: Landeswahlleiter



Bild: Seika / flickr.com

## CDU will Obdachlose räumen

In seinen letzten Tagen als Neuköllner Sozialstadtrat hat Falko Liecke (50, CDU) einen »Leitfaden Obdachlosigkeit« des Bezirksamtes Neukölln vorgestellt. Darin heißt es unter anderem, Obdachlose sollten im Umfeld von Kitas und Schulen oder auf Friedhöfen »schnellstmöglich« geräumt werden. Georg Frankl, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion Neukölln, hält das für menschenverachtend: »Herr Liecke profiliert sich mal wieder auf dem Rücken der Schwächsten.« Obdachlosigkeit bekämpfe man nicht mit Gewalt. Auch von Kirchen und Sozialarbeiter\*innen kommt Kritik. Liecke ist aber inzwischen Jugend-Staatssekretär im neuen CDU-SPD-Senat. Sein designierter Nachfolger im Sozialamt ist Hannes Rehfeldt (CDU). ◀



↓ **Beton statt Wiese:** So ähnlich würde das Tempelhofer Feld nach den Plänen der Immobilienlobby aussehen. Bild: Neuköllnisch

Stadtentwicklung

# Schwarz-Rot startet neuen Angriff auf das Tempelhofer Feld

**Mit einem historischen Volksentscheid hat Berlin 2014 den Ausverkauf des Tempelhofer Feldes an Investoren und Spekulanten verhindert. CDU und SPD planen nun einen zweiten Anlauf.**

Fast zehn Jahre ist es her, dass sich in einem Volksentscheid 64,3 Prozent der Berliner\*innen gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes ausgesprochen hat. Diesem eindeutigen Votum zum Trotz wird der Erhalt des beliebten Parks immer wieder infrage gestellt. Handelte es sich bisher vor allem um symbolische Debatten, könnte es mit Antritt der schwarz-roten Koalition ernst werden. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD heißt es, man wolle die Möglichkeiten einer »behutsamen Randbebauung in begrenzten Teilen der Fläche ausloten«.

Eine Änderung des Tempelhofer-Feld-Gesetzes wäre mit den Stimmen von CDU und SPD möglich. Es ist aber eher davon auszugehen, dass aus dem Umfeld beider Parteien ein weiterer Volksentscheid initiiert wird. Man wolle die Entscheidung schließlich den Berliner\*innen überlassen. Die Initiative »100% Tempelhofer Feld« betont, von »behutsam« könne keine Rede sein, sehen doch alle bisherigen Konzepte eine Bebauung von mindestens einem Drittel der Fläche vor. Dort würden vor allem Wohnungen im oberen Preissegment entstehen. Laut Recherchen des Tagesspiegel ist von Kaltmieten zwischen 15 und 19 Euro auszugehen. Der

akute Mangel an bezahlbarem Wohnraum wäre dadurch nicht gelindert. Im Gegenteil: Der Mietspiegel und die Mietpreise in den angrenzenden Kiezen würden mit nach oben gezogen. Das Tempelhofer Feld ist nicht nur ein wichtiger Freizeit- und Erholungsort, sondern auch ein einzigartiger Lebensraum für viele seltene Tier- und Pflanzenarten. Ganz zu schweigen von seiner abkühlenden Funktion für das Stadtklima, die angesichts steigender Temperaturen immer wichtiger wird.

Gegen die Versuche der Immobilienlobby, die Wohnungsnot auszunutzen, um der Bevölkerung und der Umwelt wertvolle

Grünflächen zu entziehen, hat sich die Stadt schon einmal erfolgreich zur Wehr gesetzt.

Maya Eckes verweist auf einen anderen erfolgreichen Volksentscheid: »Sie weigern sich, die Spekulanten zu enteignen, aber wollen der Bevölkerung die Parks wegnehmen. Damit werden sie sich wieder eine schallende Ohrfeige holen.« Die Sprecherin der Neuköllner LINKEN ist zuversichtlich, gemeinsam

**»Sie weigern sich, die Spekulanten zu enteignen, aber wollen der Bevölkerung die Parks wegnehmen«**

mit der Bevölkerung die schwarz-roten Pläne auch diesmal wieder zu verhindern. ◀

**Barbara Heinrich**

## Sarah Nagel (LINKE) ist neue Jugendstadträtin

Im Rahmen der Neuaufteilung des Bezirksamts hat Sarah Nagel (36, DIE LINKE) auf Beschluss der rot-grünen Mehrheit die politische Leitung des Neuköllner Jugendamts übernommen. Nagel war noch bis April für das Ordnungsamt zuständig und hatte dort eine Diskussion über das Vorgehen gegen Shishabars und andere Gewerbe losgetreten. »Auch wenn DIE LINKE das Ordnungsamt abgibt, ist die Auseinandersetzung um die stigmatisierenden Razzien gegen arabischstämmige Gewerbetreibende in



Bild: DIE LINKE, Neukölln

Neukölln nicht beendet«, kommentiert Ahmed Abed, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Neuköllner Rathaus den Wechsel.

Im Bezirk mit der höchsten Kinderarmut kommt dem Jugendamt große Bedeutung zu. Nagel hat nicht vor, im neuen Amt bequemer zu werden: »Eine Voraussetzung für erfolgreiche Jugendarbeit besteht darin, dass der Senat ausreichend Mittel zur Verfügung stellt. Dafür werde ich mich einsetzen.« ◀

# Was CDU und SPD mit Berlin vorhaben

**Erst im dritten Wahlgang wurde Kai Wegner (CDU) zum neuen regierenden Bürgermeister gewählt. CDU und SPD verstolpern den Start ihrer neuen Koalition. Dennoch hat Schwarz-Rot handfeste Pläne in der Tasche: Konzern-Freundlichkeit, Klima-Feindlichkeit und Rassismus.**

Die Bilanz von Rot-Grün-Rot unter Franziska Giffey (45) zeigt wenig Fortschritte. Die SPD-Bürgermeisterin hat einen demokratischen Volksentscheid sabotiert. Der Senat hat weder die Armut in Berlin zurückgedrängt, noch den Mietenwahnsinn in den Griff bekommen, noch die notwendige Klimapolitik in der Stadt eingeleitet. Die öffentliche Infrastruktur - Krankenhäuser, Schulen und Behörden - ist nach den Kürzungen der letzten Jahrzehnte völlig marode. Folgerichtig wurde die Koalition bei der Wiederholungswahl abgestraft. Große Wahlgewinnerin ist die CDU unter Kai Wegner (50). Ihr zentrales Versprechen lautete, dass Berlin funktionieren soll. Damit trafen sie den Nerv vieler Bürger\*innen. Die CDU hatte außerdem nach der Silvesternacht eine rassistische Kampagne mit vorangetrieben. Die Partei forderte, die Vornamen vermeintlicher Randalierer\*innen zu

## Die notorische Betrügerin

Sie hat bei ihrem Hochschulabschluss betrogen und deswegen ihren Dokortitel verloren. Sie hat Berlin um den erfolgreichen Volksentscheid zur Enteignung großer Immobilienkonzerne betrogen. Mit der Entscheidung für die CDU betrügt Franziska Giffey (44, SPD) die SPD und ihre Wähler\*innen um ihre Hoffnungen auf ökologische und soziale Politik in Berlin.

Bild: Sandro Halank / wikimedia



veröffentlichen. Die SPD entschied sich für diese CDU und gegen ein Bündnis mit Grünen und LINKEN.

## DIE LINKE kündigt Opposition an - nicht nur im Parlament

Der neue CDU-SPD-Senat ist außerordentlich schwach. 45,7 Prozent der Berliner SPD-Mitglieder lehnten in einer Urabstimmung den Koalitionsvertrag ab. Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters geriet zum Desaster, als Wegner im Abgeordnetenhaus in den ersten zwei Wahlgängen keine Mehrheit bekam. Erst im dritten Versuch wurde er, möglicherweise mit Stimmen der AfD, gewählt. SPD und CDU provozieren den vielfältigen Widerstand der Stadtgesellschaft. DIE LINKE kündigte bereits an, sich den schwarz-roten Plänen entgegenzustellen. »Die Stadt muss nicht auf Parlament oder Senat warten«, erklärte die Berliner LINKE-Vorsitzende Franziska Brychcy (38). Der Kampf gegen den schwarz-roten Ausverkauf der Stadt hat bereits begonnen.

## Enteignungs-Volksentscheid verteidigen

Eine deutliche Mehrheit von 59,1 Prozent der Berliner Wähler\*innen haben 2021 in einem Volksentscheid dafür gestimmt, große Immobilienkonzerne zu enteignen. Dieses Vorhaben wurde bereits unter Rot-Grün-Rot mit einer »Expertenkommission« ausgebremst. Schwarz-Rot kündigt im Koalitionsvertrag lediglich eine »Rahmengesetzgebung

zur Enteignung« an, obwohl mit dem Grundgesetz längst ein ausreichender Rahmen besteht. In der laufenden Legislaturperiode soll definitiv keine Enteignung mehr stattfinden. Die Initiative, die den Volksentscheid gestartet

hatte, erwägt daher, einen neuen Anlauf zu starten. Diesmal wäre die Abstimmung verbindlich für den Senat.

## Zerstörung des Tempelhofer Feldes verhindern

Wie wenig CDU und SPD von Demokratie halten, sieht man auch am Umgang mit einem anderen erfolgreichen Volksentscheid: Im Jahr 2014 haben 64,3 Prozent der Berliner\*innen gegen die Bebauung und für den Erhalt des Tempelhofer Feldes als Park ge-



↑ **Demonstration gegen die Koalition aus SPD und CDU am 18. März 2023**

Bild: Elif Eralp / twitter



## Emmauswald bleibt!

**Etwas versteckt zwischen dem Mariendorfer Weg und der A100 liegt der Emmauswald. Vonovia will den Wald zu Geld machen. Doch eine Initiative leistet Widerstand.**

**B**ei dem liebevoll »Emmi« genannten Wald handelt es sich um einen vier Hektar großen ehemaligen Friedhof, der seit fünf Jahrzehnten nicht mehr genutzt und sich selbst überlassen wurde. Mitten in einem dicht besiedelten Kiez ist ein einzigartiges Ökosystem entstanden. Dichtes Gebüsch und 725 Bäume, viele davon alt und anmutig, beherbergen seltene Vögel, Fledermäuse, Insekten, und andere Tierarten. Sogar ein streng ge-

schütztes Habicht-Pärchen nistet dort seit Jahren in seinem Horst.

Ginge es nach der Buwog GmbH, soll der Emmauswald schnellstmöglich einem Neubauprojekt weichen. Das Tochterunternehmen des Immobilienriesen Vonovia will dort teure Eigentumswohnungen bauen. Hier wird der Arten- und Klimaschutz aufs Spiel gesetzt, für Wohnungen, die sich der Großteil der Bevölkerung ohnehin nicht leisten kann. Entsetzt davon hat sich die Initiative »Emmauswald bleibt« zusammengefunden und leistet Widerstand gegen die Pläne der Buwog. Im April haben etwa sechzig Bürgerinnen den Stadtentwicklungsausschuss der Neuköllner BVV besucht und dort Eindruck gemacht. Stadtrat Jochen Biedermann (Grüne) erklärte, dass der Bebauungsplan noch einmal geändert werden solle, blieb dabei aber sehr vage. Ein Antrag der LINKEN, die gesamte Waldfläche zu erhalten, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Der Kampf der Initiative geht weiter. ◀

**Barbara Heinrich**

## Special Olympics 2023 in Berlin

**Im Juni 2023 feiert Berlin mit den Special Olympics World Games das größte inklusive Sportfest der Welt. Das reguläre Sportangebot für Menschen mit Behinderung ist in der Hauptstadt noch unterentwickelt.**

**W**ährend laut dem dritten Teilhaberbericht der Bundesregierung 33 Prozent der Menschen ohne Behinderung nie Sport treiben, sind dies unter Menschen mit Behinderung 55 Prozent. Zwar wurde bereits viel unternommen, trotzdem gibt es in Berlin zahlreiche Sportstätten, die voller Barrieren sind. Einige Beispiele: Stufen beim Zugang zu den Sportstätten, fehlende Toiletten für Rollstuhlnutzer\*innen, Aushänge nicht in leichter Sprache, fehlende Beschriftung in Blindenschrift, und so weiter. Immer noch

fehlt es am Verständnis für die Belange von Menschen mit Behinderung im Sport. Vereine benötigen Unterstützung bei der Entwicklung inklusiver Angebote und Sportflächen. Das »Netzwerk Sport & Inklusion« weist darauf hin, wie wichtig und unerlässlich es ist, über die World Games hinaus dauerhaft inklusive Strukturen und Barrierefreiheit zu schaffen. Deutschland hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und steht in der Pflicht, diese auch umzusetzen. ◀

**Oliver Klar**

↓ **Siegerehrung bei den Special Olympics 2017 in Österreich.** Bild: flickr.com



stimmt. Diese Entscheidung ärgert die Immobilienlobby bis heute. Im Koalitionsvertrag wird nebulös eine »Neubewertung« angekündigt. Scharfe Kritik kommt von der Initiative 100 % Tempelhofer Feld: »Das Feld kann die Wohnungsproblematik nicht lösen. Im Gegenteil: Die Mieten auf dem Feld würden horrend sein und damit die Mieten im Umfeld weiter steigen lassen.«

## Gegen Repression und Überwachung

Statt auf soziale Sicherheit setzt die neue Koalition auf mehr Polizei, Videoüberwachung und anlasslose Kontrollen. Racial Profiling, also die Kontrolle von Personen aufgrund der Hautfarbe, ist eigentlich verboten. Im Koalitionsvertrag wird der Polizei trotzdem Rückendeckung für diese Praxis gegeben: »Verhaltensbezogene Kontrollen aufgrund kriminalistischer oder polizeilicher Erfahrungswerte« seien zulässig. Ähnlich wie in Bayern wollen CDU und SPD zudem eine Präventivhaft einführen. Damit sollen Menschen ohne konkreten Tatverdacht für bis zu fünf Tage weggesperrt werden können. Das ist eine unverhohlene Drohung, nicht nur an Klimaaktivist\*innen. »Da hat man schon den Eindruck, die Springer-Presse bestimmt die Innenpolitik«, erklärt der Innenexperte der LINKEN, Niklas Schrader. ◀

**Daniel Kipka-Anton**



## Historischer Sieg der Anti-AKW-Bewegung

**A**m 15. April 2023 wurden die letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Damit endet der nukleare Wahnsinn, der in den 50er Jahren mit dem Bau der ersten Atomkraftwerke seinen Anfang genommen hatte. Nach der Katastrophe im japanischen Fukushima 2011 hatten in Deutschland Millionen gegen die hochriskante Technologie demonstriert und den Ausstieg durchgesetzt. Mit der Abschaltung der letzten drei Reaktoren ist die Gefahr eines katastrophalen Unfalls wie in Tschernobyl oder Fukushima gebannt, wo große Landstriche für lange Zeit unbewohnbar sind. ◀

## Trotz starker Streiks: Reallohnverluste für den Öffentlichen Dienst

**I**n der Auseinandersetzung um die Löhne der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben sich Bundesregierung und Kommunen mit aller Kraft dagegen gewehrt, den Anstieg der Preise auszugleichen. Einmalige Sonderzahlungen ersetzen dauerhafte Lohn-erhöhungen. Ab 2024 sollen die Gehälter mindestens um 340 Euro steigen.

In Berlin hatten sich insbesondere aus den großen Krankenhäusern und der BSR viele Kolleg\*innen an den Warnstreiks im Frühjahr beteiligt. Die Wut über die schlechten Arbeitsbedingungen und die steigenden Preise war spürbar. Die Belegschaften der verschiedenen Betriebe haben sich über die Gewerkschaft ver.di eng vernetzt und gemeinsame Aktionstage organisiert. »Ich habe eine große Kampfbereitschaft gespürt und bin optimistisch, dass wir nächstes Mal mehr rausholen«, meint Anja Voigt, Krankenschwester am Klinikum Neukölln. ◀



Geschichte und Demokratie

## 75 Jahre Nakba - Unterdrückung und kein Ende

↓ **In Berlin verboten:** In London demonstrieren Palästinenser\*innen im Gedenken an die »Nakba« genannte Vertreibung.

Bild: Alisdare Hickson / flickr.com

**In den Jahren 1947/48 wurden in Palästina Hunderttausende Menschen von zionistischen Siedler\*innen aus ihren Dörfern und Städten vertrieben. Ein Ereignis, das heute »Nakba« (arabisch für »Katastrophe«) genannt wird. Die Vertriebenen und ihre Nachkommen werden immer noch unterdrückt. Sogar hier in Berlin.**

**D**ie Staatsgründung Israels 1948 ging einher mit Krieg und Vertreibung. Dörfer und Gemeinden wurden zerstört. Schätzungen gehen davon aus, dass 700.000 Palästinenser\*innen aus ihren Heimatorten fliehen mussten. Familien wurden auseinandergerissen, Tausende verloren ihr Leben. Doch die Nakba ist nicht vorbei. Noch heute leiden Palästinenser\*innen unter Vertreibung und Unterdrückung.

Besonders sichtbar ist das im militärisch besetzten Westjordanland, wo viele arabische Palästinenser\*innen in der Angst leben, von rechten Siedlern verjagt zu werden. Die aggressive Siedlerbewegung genießt die Unterstützung der rechtsaußen-Regierung und des Militärs. Sie erhebt Anspruch auf das Land, das in der Bibel Judäa und Samaria heißt.

Aber auch in Berlin, ganz besonders in Neukölln, werden die Palästinenser\*innen unterdrückt. Hier leben tausende Menschen mit Wurzeln oder Familie in Palästina. Viele gelten bis heute als »staatenlos« und bekommen keinen deutschen Pass. Wie 2022 wurden auch dieses Jahr zahlreiche Demonstrationen mit Palästina-Bezug von der Polizei Berlin verboten. Niemand konnte öffentlich der Nakba gedenken. Selbst linke jüdische Gruppen, die sich solidarisch mit den Palästinenser\*innen zeigen, werden schikaniert. Als am 20. Mai linke Jüd\*innen und Palästinenser\*innen gemeinsam für Versammlungsfreiheit demonstriert haben, ist die Polizei brutal eingeschritten.

Das pauschale Demonstrationsverbot für Palästinenser\*innen bedeutet einen krassen Eingriff in die Grundrechte. Begründet wird es mit einzelnen, vermeintlich oder tatsächlich antisemitischen, Äußerungen bei vergangenen Protesten. Dass die Veranstalter\*innen jeglichen Antisemitismus scharf verurteilen, teilweise sogar linke Juden sind, spielt für die Polizei keine Rolle. Daran sieht man deutlich, dass es der Polizei und dem Senat gar nicht um den Kampf gegen Antisemitismus geht. ◀

Daniel Kipka-Anton

# Frieden statt Sieg!

**Im zweiten Frühjahr nach dem russischen Überfall auf die Ukraine deutet nichts auf ein baldiges Ende des Krieges hin.**

Im Süden und Osten der Ukraine verläuft die Front zwischen russischen Invasionstruppen und ukrainischer Armee auf einer Länge von etwa 1.000 Kilometern. Entlang dieser Linie hat sich ein zäher Stellungskrieg entwickelt: eine stehende Front, an der sich die Soldaten gegenseitig abschlachten, ohne dass eine Seite nennenswerte Fortschritte macht.

Bekanntes Beispiel ist die Kleinstadt Bachmut im Osten der Ukraine, um die seit dem 1. August 2022 eine gnadenlose Schlacht tobt. Fast alle Einwohner\*innen sind längst vor den Kämpfen geflohen. Die Gebäude sind schwer beschädigt oder zerstört. Russische und ukrainische Truppen kämpfen verbissen um jeden Quadratmeter. Bachmut ist für beide Seiten zum Symbol geworden. Soldaten nennen sie angesichts der Zehntausenden Gefallenen einen »Fleischwolf«. Die Schlacht gilt als verlustreichste seit dem Ende des zweiten Weltkrieges.

Was als brutale Invasion begann, hat sich längst zu einem imperialistischen Krieg zwischen Weltmächten entwickelt. Weder die

russische Führung noch die NATO sind an Ausgleich, Frieden und Wohlstand für die ukrainische Bevölkerung interessiert. Beide Seiten setzen auf Sieg und Expansion ihres Machtbereichs.

Ein Ende des Tötens und der Zerstörung ist nicht in Sicht. Russlands Präsident Putin baut darauf, dass die Ukraine sich der russischen Übermacht nicht dauerhaft widersetzen kann. Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung sowie Kriegsmüdigkeit, Inflation und hohe Energiepreise in den NATO-Staaten sollen die Selenskyj-Regierung und den Westen müde machen.

**»Die Waffenlieferungen müssen sofort eingestellt werden, denn sie verlängern den Krieg und befeuern die Eskalationsgefahr.«**

Dieselbe Hoffnung treibt die die NATO an: Sanktionen sollen die russische Wirtschaft in die Knie zwingen, Streit innerhalb der russischen Führung schüren und die hohen Kriegskosten und -verluste sollen die Moral der russischen Truppen und Putins Rückhalt brechen. In den Medien wird vermittelt, die ukrainische Armee könne die russischen Invasionstruppen vollständig zurückschlagen. Die Produktion von Waffen

und Munition in Ost und West wird unterdessen hochgefahren.

## LINKE fordert Ende der Kämpfe

Die ukrainische Regierung hat sich immer stärker den Interessen des Westens untergeordnet. Sie kämpft nicht mehr gemeinsam mit der Bevölkerung für deren Freiheit, sondern sie schränkt selbst Freiheiten und Grundrechte ein: Zahlreiche Parteien wurden verboten, Männer werden gegen ihren Willen zur Wehrpflicht eingezogen, Pressefreiheit und Rechte der Arbeitnehmer\*innen wurden abgebaut, die Stellung der Gewerkschaften geschwächt. Auf Druck westlicher »Partner« hat man außerdem fruchtbares Ackerland und Betriebe privatisiert.

Der militärische Sieg einer Seite ist derzeit nicht abzusehen. DIE LINKE fordert daher umgehend einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen. »Dafür dürfen keine Vorbedingungen gestellt werden«, meint Christine Buchholz vom Parteivorstand der LINKEN. Nach ihrer Ansicht stehen die Militärhilfen des Westens der Gesprächsbereitschaft im Wege: »Die Waffenlieferungen müssen sofort eingestellt werden, denn sie verlängern den Krieg und befeuern die Eskalationsgefahr.« Deutschland solle außerdem allen ukrainischen und russischen Deserteuren Asyl gewähren. ◀

Georg Frankl



↑ Von den 75.000 Einwohner\*innen Bachmuts lebten im Februar 2023 noch etwa 5.000 in der ukrainischen Stadt. Bild: Nikita Gerassimow / twitter

**telegram-Infokanal von DIE LINKE. Neukölln**

Du willst über die wichtigsten Aktionen und Veranstaltungen der LINKEN Neukölln informiert werden? **Scanne jetzt den Code und abonniere unseren Kanal!**



## Termine der Basisorganisationen der LINKEN in Neukölln

Die Basisorganisationen (BOs) bilden die Zentren unserer Aktivitäten. Interessierte sind jederzeit willkommen! Fragen an: [info@die-linke-neukoelln.de](mailto:info@die-linke-neukoelln.de)

### BO Hermannstraße

Treffen jeden 2., 4. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Linx\*44 (Schierker Str. 26)  
14.6.23: Was wir von der KPÖ in Graz und Salzburg lernen können  
28.6.23: Thema noch offen  
12.7.23: Wege zum Sozialismus

### BO Reuterkiez

Treffen jeden 2. Montag von 18 bis 20 Uhr im Verein iranischer Flüchtlinge, Reuterstraße 52  
19.6.23: Zum Zustand der Antikriegsbewegung

### BO Sonne

Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr im »Studio Rose«, Anzengruber Str. 21  
7.6.21: Anderthalb Jahre als LINKE-Stadträtin im Ordnungsamt (mit Sarah Nagel)  
21.6.23: Wie verändert künstliche Intelligenz unser Leben?  
5.7.23: Sozialismus der Zukunft

### BO Rixdorf

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Wipperstraße 6  
6.6.23: Sozialistische Tierpolitik  
20.6.23: Anderthalb Jahre als LINKE Stadträtin im Ordnungsamt (mit Sarah Nagel)

### BO Kranoldkiez

Treffen jeden 2. Donnerstag um 19 Uhr in der Wipperstraße 6  
1.6.23: Gemeinsam ins Museum des Kapitalismus (Treffpunkt: Köpenicker Str. 172, Kreuzberg)  
15.6.23: Friedenspolitik im Krieg  
29.6.23: Nahostkonflikt  
6.7.23: Thema noch offen

### BO Süd

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Mittwoch um 18.30 Uhr im »Mühlentreff«, Goldammerstr. 34  
2.8.23: LINKE Politik jenseits der Innenstadt (Ort bei gutem Wetter abweichend. Bitte per Mail erfragen)

### Linksjugend [solid] Kreuzkölln



Treffen jeden 2. Mittwoch um 18 Uhr in der Wipperstraße 6.  
[kreuzkoelln@solid-berlin.org](mailto:kreuzkoelln@solid-berlin.org)

## Das Feld bleibt frei! Bebauung stoppen!



**Kundgebung**  
**8. Juli 23, 16 Uhr**  
**Eingang Herfurthstraße**

**DIE LINKE NEUKÖLLN**  
 — Konferenz —  
**Neukölln wehrt sich**  
**16. September 23**  
**OYOUN**  
 Lucy-Lameck-Str. 32

# Mach mit!

# Jetzt Mitglied werden!

Setz dich mit uns ein für eine soziale Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Gemeinsam können wir viel erreichen. Und zusammen kämpfen macht auch Spaß. Schließ dich jetzt an und mach mit!



← Code scannen, Formular ausfüllen

## Kostenfreie Rechtsberatung



Mittwochs 14-16 Uhr

- › Mietrecht: 1. und 3. Mittwoch im Monat
- › Jobcenter und Sozialrecht: 2. und 4. Mittwoch im Monat

Terminvereinbarung:

030 / 6 13 59 19

[tony.pohl@die-linke-neukoelln.de](mailto:tony.pohl@die-linke-neukoelln.de)